

Richtlinie 95/46/EG in Verbindung mit § 17 a des NDSG ein schutzwürdiges Interesse des Betroffenen oder eine Einschränkung der Grundrechte und Grundfreiheiten vorliegt.

Sie begründen Ihren Widerspruch damit, dass Sie in der Veröffentlichung Ihrer Daten einen unverhältnismäßigen Eingriff in Ihre Datenschutzrechte sehen. Bei Ihrem Widerspruch beziehen Sie sich auf den Beschluss des Verwaltungsgerichts Wiesbaden vom 27.02.2009 und führen aus, dass dieses zu dem Ergebnis gekommen sei, dass ein Verstoß gegen das europäische Grundrecht auf Datenschutz vorliege. Das Gericht sehe die Offenlegung der Daten als nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar an. Gründe für ein persönliches schutzwürdiges Interesse gemäß der Richtlinie 95/46/EG haben Sie in Ihrem Widerspruch nicht dargelegt.

Der Veröffentlichung der Daten wird seitens der Europäischen Kommission eine überragende Bedeutung zugemessen. Dazu heißt es in den Erwägungsgründen zur Verordnung (EG) Nr. 259/2008 unter Ziffer 6:

*Diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen erhöht die Transparenz in Bezug auf die Verwendung der Gemeinschaftsmittel im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und verbessert, insbesondere durch eine stärkere öffentliche Kontrolle der verwendeten Mittel, die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung bei diesen Fonds. Angesichts der überragenden Bedeutung der verfolgten Ziele ist es unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und des Erfordernisses des Schutzes personenbezogener Daten gerechtfertigt, diese Informationen allgemein zu veröffentlichen, da sie nicht über das hinausgehen, was in einer demokratischen Gesellschaft und zur Verhütung von Unregelmäßigkeiten erforderlich ist.*

Das Verwaltungsgericht Wiesbaden (VG Wiesbaden) hatte aufgrund seiner Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verordnung (EG) Nr. 259/2008 ein Vorabentscheidungsersuchen an den Europäischen Gerichtshof gerichtet. Der Beschluss des VG Wiesbaden ist für Niedersachsen nicht bindend, da er sich überwiegend auf das hessische Datenschutzgesetz und die hessische Verwaltungsorganisation bezieht.

Während sich das Oberverwaltungsgericht Greifswald (OVG Greifswald) den rechtlichen Bedenken des VG Wiesbaden anschließt, stehen diesen Beschlüssen mehrere Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Münster (OVG Münster vom 24.04.2009 - Az.: 16 B 485/09 u. a.) entgegen. Das OVG Münster führt in der Begründung aus, dass das öffentliche Interesse an einer Veröffentlichung zum vorgesehenen Zeitpunkt als vorrangig zu bewerten ist. Das OVG nimmt dabei Bezug auf die oben stehenden Erwägungsgründe der Verordnung (EG) Nr. 259/2008. Es weist darauf hin, dass der Schaffung von Transparenz hinsichtlich der von der EU gezahlten Agrarsubventionen besondere Bedeutung zukommt, um auf europäischer Ebene eine Stärkung